

Ausländerpolitik zu wenig Gastarbeiter oder schon Einwanderer?

Vom „Export der sozialen Frage“ zur importierten sozialen Frage Wandel seit 100 Jahren

VON UNSEREM MITARBEITER
KLAUS J. BADE

„Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland“, so lautete bis vor wenigen Jahren das knappe regierungsamtliche Statement zur „Gastarbeiterfrage“. Heute heißt das Stichwort „Gastarbeiterimmigration“. Es verbindet Gegensätze: Internationale Arbeitswanderung auf Zeit und definitive Einwanderung. Es kennzeichnet in seiner inneren Widersprüchlichkeit ebenso wie die Rede von den „ausländischen Mitbürgern“ die Kipplage der Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik zwischen der „Gastarbeiterfrage“, die sie bleiben sollte, und der Einwanderungsfrage, die sie geworden ist. Das Problem hat Geschichte: Die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei, stand vor dem Ersten Weltkrieg schon einmal zur Debatte.

Bis Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts war Deutschland eines der klassischen Auswanderungsländer Europas. Über fünf Millionen Deutsche wanderten im 19. Jahrhundert aus, die meisten von ihnen nach Amerika. In der langen Hochkonjunktur vor dem Ersten Weltkrieg wuchs das Angebot an Arbeitsplätzen. Die überseeische Massenauswanderung schlug um in die Binnenwanderung vom Land in die Städte, aus dem Land- ins Industrie- und Dienstleistungssektor. Der ständig wachsende Sog des industriellen Erwerbsangebots riß immer größere Lücken in den landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt. Seit der Jahrhundertwende waren sie nicht mehr mit einheimischen Kräften zu schließen. Das galt vor allem für die Landwirtschaft im preußischen Osten, in der die „Leutenot“ um die Jahrhundertwende katastrophale Dimensionen anzunehmen begann. Einen Ausweg aus dieser Not bot die Rekrutierung von Arbeitskräften auf den überbevölkerten Arbeitsmärkten im östlichen Ausland, vor allem im russischen Polen und im österreichisch-ungarischen Galizien. Die kontinentale Zuwanderung nach Deutschland stieg zur Massenbewegung auf und pendelte kurz vor dem Ersten Weltkrieg um die Millionengrenze. Das Reich schien sich vom Aus- zum Einwanderungsland zu verwandeln.

Gespent der Polonisierung

Von Preußen aus wurde dieser Trend auf dem Verordnungsweg gebrochen. Hier kollidierten von Anfang an wirtschaftliche und politische Interessen: Der Arbeitskräftezufluß aus dem östlichen Ausland, der für die östelbische Agrarproduktion eine wirtschaftliche „Lebensfrage“ war, erschien der preußischen Staatsregierung als politische Gefahr: Sie fürchtete das Gespenst einer „Polonisierung“ des preußischen Ostens durch die Zuwanderung der vorwiegend polnischen Arbeitskräfte. Das hatte historisch-politische Gründe: Polen war aufgeteilt zwischen Rußland, Österreich-Ungarn und Preußen. Das Interesse an einer Abdämmung der polnischen Zuwanderung in die ehemals polnischen Gebiete des preußischen Ostens entsprang dem Argwohn gegenüber dem nicht zu erstickenden Traum preußischer, russischer und österreichisch-ungarischer Polen von der Auferstehung eines polnischen Nationalstaats. Die „fremden“ Arbeitskräfte aus dem östlichen Ausland sollten deshalb nicht Einwanderer werden, sondern „ausländische Wanderarbeiter“ bleiben. Dafür sorgten streng befristete Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen mit jährlichem „Rückkehrzwang“. Deswegen wandelte sich Deutschland im Vorkriegsjahrzehnt nicht vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland, sondern – wie es in der Sprache der Zeit hieß – nur zum unter den „arbeitsimportierenden Staaten“ nach den USA „zweitgrößten Arbeitseinfuhrland der Erde“.

Die „ausländischen Wanderarbeiter“

Die stärksten Gruppen der „ausländischen Wanderarbeiter“ auf dem Arbeitsmarkt in Preußen bildeten Polen, Ruthenen aus Galizien und Italiener. Polen und Ruthenen arbeiteten vorwiegend in der Landwirtschaft, im ober-schlesischen Montanindustriestrikt auch im Bergbau. Ziegeleibetriebe, Straßen- und Kanalbau waren die wichtigsten Beschäftigungsbereiche: italienischer Arbeitskräfte. Die meisten „ausländischen Wanderarbeiter“ aber kamen aus Russisch-Polen, im Gegensatz zu den „Ruhropfern“, die keine Ausländer waren, sondern aus den Ostprovinzen ins Ruhrgebiet zugewanderte polnisch-sprechende Preußen. Gerade weil die Zahl dieser preußischen „Ruhropfer“ in den „Polenzichen“ des Ruhrgebiets ständig zunahm, wurden ausländische Polen hier nur in Ausnahmefällen zugelassen, um einer „Polonisierung des Westens“ zu wehren.

In Preußen bildete sich in den beiden Jahrzehnten vor dem Weltkrieg in Landwirtschaft, Tiefbau und Montanindustrie ein doppelter Arbeitsmarkt heraus. Auf seiner internationalisierten unteren Ebene verrichteten ausländische Arbeitskräfte häufig die am wenigsten geschätzten Schwerarbeiten, bei denen zweierlei zusammentraf: mäßige Anforderungen an fachliche Qualifikation und Arbeitsbedingungen, die einheimische Arbeitskräfte abschreckten. Auf dieser Ebene einzutreten indes bedeutete für die meisten von ihnen eine erhebliche ökonomische Verbesserung: Ihre Lage in den Herkunftsgebieten ließ Bedingungen, die für einheimische Arbeitskräfte Anlaß zur Abwanderung waren, noch eine beträchtliche Anziehungskraft entfalten. Zudem waren gerade in der Landwirtschaft, Tiefbau und Montanindustrie die am wenigsten geschätzten Tätigkeitsbereiche häufig relativ hoch bezahlt. Das war ein zusätzlicher Grund dafür,



Im vergangenen Jahrhundert war Deutschland eines der klassischen Auswanderungsländer Europas. Millionen Deutsche suchten eine neue Zukunft in Übersee. Die meisten gingen in das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“.

ten“, die Vereinigten Staaten von Amerika. Der Bedarf an Arbeitskräften wuchs. Die Industrie entwickelte sich. Osteuropäer begannen die Lücken zu schließen, die Deutsche hinterlassen hatten.

daß sich ausländische Arbeitskräfte gerade hier konzentrierten.

Schon deswegen gab es in diesen Bereichen trotz steigender Ausländerzahlen auf dem Arbeitsmarkt keine internationale Verdrängungskonkurrenz zwischen Deutschen und Ausländern. Dort wo sich beide begegneten, waren die Chancen ungleich verteilt: Selbst der deutsche „Ungelernte“ hatte als eine Art „gelernter Deutscher“ noch immer einen beträchtlichen Startvorsprung vor dem fremdsprachigen „Ungelernten“. Die „Fremden“ bildeten deshalb, wie eine zeitgenössische Studie berichtet, eine ausländische „Arbeiterschicht zweiten Grades“. Sie erfüllten Funktionen wie „der Neger in den nordamerikanischen Oststaaten, der Chinese in Kalifornien, der ostindische Kuli in Britisch-Westindien, der Japaner in Hawaii, der Polynesier in Australia“.

Und selbst im Krieg noch erfüllten ausländische Arbeitskräfte in Deutschland entscheidende Ersatzfunktionen: Ohne die nunmehr auf dem Arbeitsmarkt zurückgehaltenen Ausländer, de-

ren Zahl rasch durch Kriegsgefangene verstärkt wurde, wäre die „Heimatfront“ im ersten totalen Krieg sehr viel früher zusammengebrochen. In der Weimarer Republik bestand das für die Vorkriegsjahrzehnte charakteristische Bild der Ausländerbeschäftigung mit seiner jährlichen Fluktuation fort. Ihr Umfang freilich nahm ständig ab, bis sich die Spuren der „ausländischen Wanderarbeiter“ auf dem deutschen Arbeitsmarkt zur Zeit von Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit fast vollends verloren. Die „ausländischen Wanderarbeiter“ hatten ihren Dienst getan. Ohne ihre Leistungen und ihre Opfer hätte die Wirtschaftsgeschichte des Kaiserreichs zwar sicher keinen wesentlich anderen, aber vielleicht einen wesentlich härteren Gang genommen.

Von „Gastarbeiter“- zur Einwanderungsfrage

In Kaiserreich und Weimarer Republik war Deutschland bewußt nicht eingetreten in jene Tradition klassischer Einwanderungsländer, daß Arbeit für das Einwanderungsland nach angemessener Frist zu Staatsbürgerrechten führen kann. Im Gegensatz zur historischen „Wanderarbeiterfrage“ ist mit den aktuellen „Gastarbeiterfrage“ heute eine echte Einwanderungsfrage gestellt. Damit haben sich im Verlauf eines Jahrhunderts für Deutschland die Probleme umgekehrt: 1880 begann im Kaiserreich die letzte Welle der überseeischen Massenauswanderung des 19. Jahrhunderts: Rund 1,8 Millionen Deutsche wanderten von 1880 bis 1893 aus, die meisten von ihnen in die USA. Heute, 100 Jahre später, hat die Bundesrepublik als Einwanderungsland wider Willen mit den Problemen zu tun, mit denen die Vereinigten Staaten seinerzeit u. a. auch im Blick auf die Einwanderung aus Deutschland zu schaffen hatten. Im 19. Jahrhundert hatte die deutsche Massenauswanderung weithin die Züge eines Exports der Sozialen Frage. Heute stehen wir vor einer importierten Sozialen Frage.

Die Zeitbombe auf dem Arbeitsmarkt

Von der uneingeschränkten Ausländerrekrutierung in den 1960er Jahren über den Anwerbestopp in der Krise Anfang der 1970er Jahre bis hin zur Konfrontation mit der „Gastarbeiterbevölkerung“ als Einwandererminorität verdichtete sich die sogenannte „Gastarbeiterfrage“ in der Bundesrepublik zur echten Einwanderungsfrage. Das gilt heute vor allem für die zweite Generation, die sogenannten „Gastarbeiterkinder“, die im Grunde nichts anderes sind als Deutsche mit einem ausländischen Paß. Die Verteilung von Bundespersonal ausweisen an in Deutschland aufgewachsene Ausländerkinder kann nur das staatsrechtliche, nicht aber das anstehende soziale Problem lösen. Dieses Problem aber könnte den für die nächste Zukunft so vielbeschworenen Härte-test für das soziale Sicherheitssystem der Bundesrepublik erheblich erschweren: dann nämlich, wenn Hunderttausende von sogenannten „Gastarbeiterkindern“ bei anhaltender Verspannung der Angebot-Nachfrage-Relation auf dem Arbeitsmarkt zusammentreffen mit den letzten „starken Jahrgängen“, die jetzt unsere Schulen absolvieren. Dann wird sich zeigen, ob es – trotz Bundespersonal ausweis – nicht doch Deutsche ersten und zweiten Grades geben wird, nicht an der Wahlurne, aber auf dem Arbeitsmarkt.

Die Bewältigung dieser importierten Sozialen Frage ist davon abhängig, ob und inwieweit die Bundesrepublik bereit und imstande ist, sich dem Wandel von der „Gastarbeiterfrage“ zur Einwanderungsfrage zu stellen. „Ausländerpolitik“ ist nötig und richtig gegenüber denjenigen ausländischen Arbeitnehmern, die „Gastarbeiter“ bleiben und später in ihre Herkunftsländer zurückkehren wollen. Sie ist unzureichend und falsch gegenüber denjenigen, die in der Bundesrepublik bleiben und Deutsche werden wollen. Für ihre Eingliederung brauchen wir nicht „Ausländerpolitik“, sondern Einwanderungspolitik.

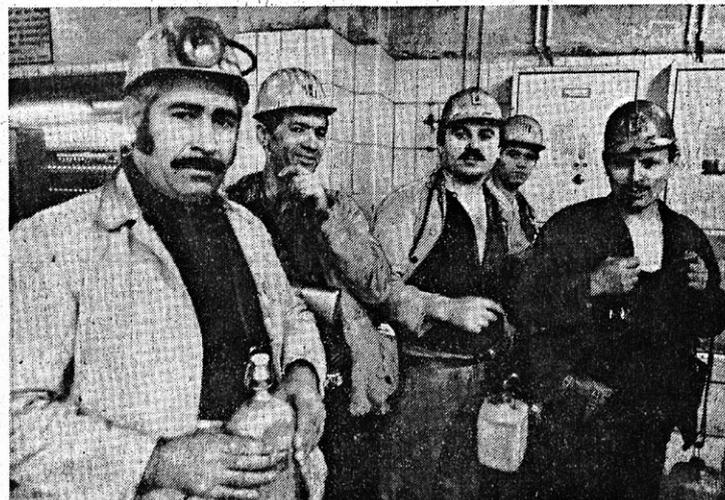
Wenn es in dieser Hinsicht eine Lehre aus der Geschichte von Aus- und Einwanderung gibt, dann diese: Einwanderungspolitik ist durchaus nicht nur Hilfe für die Einwanderungswilligen. Sie ist auch Steuerungsinstrument und damit Selbsthilfe des Einwanderungslandes. Nur eine sinnvolle Verbindung und Ergänzung von „Ausländerpolitik“ und Einwanderungspolitik bietet das Werkzeug, um die Zeitbombe auf dem Arbeitsmarkt zu entschärfen: Die Bombe tickt, Abwarten ist keine Lösung.



Die „zweite Generation“ der ausländischen Arbeitnehmer ist herangewachsen. Sind sie, die hier zwischen den tristen

Häusern einer Bergarbeiter-siedlung in Duisburg spielen noch Türken oder schon Deutsche? Für sie muß neben der

„Ausländerpolitik“ eine „Einwanderungspolitik“ gestellt werden, um die Zeitbombe zu entschärfen.



Türkische Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Die meisten von ihnen wollten nicht für immer

in der Bundesrepublik bleiben, sondern sich mit dem Verdiensten in der alten Heimat eine

neue Existenz aufbauen. Gastarbeiter also, keine Einwanderer. Fotos: Simon